Nushası 5 Kuruştur

ABONE
(Posta ücreti dahil olmak üzre)

		dahil için	hariç için
Aylık	Türk lirası	1,50	RM. 5.—
Üç aylık	„	4,25	„ 13.—
Altı aylık	„	8.—	„ 25.—
Bir senelik	„	15.—	„ 50.—

yahud mukabili
Pazardan başka her gün çıkar

Idarehane:
Beyoğlu, Cumal sokağı 7
Telgraf adresi: Türkpost
Telefon: 44.606
Posta Kutusu: Istanbul 1269

Türkische Post

Preis der Einzelnummer 5 Kuruş

BEZUGSPREISE

		Inland	Ausland
für 1 Monat	Tpf.	1.50	RM. 5.—
„ 3 Monate	„	4.25	„ 13.—
„ 6 Monate	„	8.—	„ 25.—
„ 12 Monate	„	15.—	„ 50.—

oder Gegenwert
Erscheint täglich außer Sonntags

Geschäftsleitung:
Beyoğlu, Cumal sokağı 7
Drahtanschrift: Türkpost
Fernsprecher: 44.606
Postfach: Istanbul 1269

11. Jahrgang Nr. 278 — Tageszeitung — Istanbul, Dienstag, 24. Nov. 1936

Der Kampf um den Weltmarkt

Die letzten Reden englischer Minister enthielten fast ohne Ausnahme einen wirtschaftspolitischen Hintergrund, auf dem sich die politischen Aeußerungen abhoben. Trotz aller rednerischen Bemühungen erwies es sich aber, daß dieser Hintergrund allenfalls mit Goldfarbe gestrichen war, nämlich die Goldfarbe der Hoffnung, und daß man ebenso weit wie früher davon entfernt ist, von einem Goldgrund der Weltwirtschaft sprechen zu können, wie etwa in den Jahren vor dem Kriege. Nichtsdestoweniger wurde man aber darüber belehrt, daß Englands Wirtschaftsaufstieg unaufhaltsam sei und daß die innere englische Konjunktur noch weit entfernt davon ist, ihren Sättigungspunkt erreicht zu haben. Baldwin freilich gab im gleichen Zusammenhang zu, daß die englische Ausfuhr noch immer ein Sorgenkind bilde, und betonte, daß keine englische Regierung — sie möge so mächtig sein wie sie wolle — an diesem unbefriedigenden Zustande etwas zu ändern vermöchte. Eine Besserung ließe sich nur durch internationale Zusammenarbeit erreichen.

Welcher Art die von englischen Ministern ins Auge gefaßte internationale Zusammenarbeit ist, darüber gibt das englisch-französisch-amerikanische Währungsabkommen vom 26. September Aufschluß. Darin wird einmal englischerseits der Verzicht auf ferneren währungspolitischen Wettbewerb ausgesprochen. Zum anderen ist darin aber die Erwartung enthalten, die beteiligten Mächte, insbesondere Frankreich, möchten ihre Handelsschutzpolitik lockern, die Kontingente abbauen, Währungsmaßnahmen zurücknehmen und Hochschutzzölle herabsetzen. Der englische Außenminister Eden hat in der außenpolitischen Aussprache im Unterhaus besonders an die Adresse Deutschlands das Ersuchen um Beteiligung an dem Währungsabkommen in der einen oder anderen Form gerichtet.

Das alles läuft auf eine Wiederaufnahme des Wettkampfes um den Weltmarkt unter veränderten Bedingungen hinaus. Inzwischen hat der Ausgang der amerikanischen Präsidentschaftswahl diesen Wettkampf um ein neues unbekanntes Element insofern bereichert, als man in London einige Sorgen wegen der amerikanischen Währungspolitik zu äußern beginnt. Man befürchtet nämlich eine neue amerikanische inflatorische Politik und eine daraus resultierende Untergrabung des neuen Währungsplanes.

Unter diesen Umständen erhält aber die deutsche Wirtschafts- und Währungspolitik für England eine ganz besondere Bedeutung. Wie in einem Konjunkturbericht des „Reichsverbandes der englischen Industrie", der vor kurzem herausgekommen ist, ausgeführt wird, sieht man nämlich in Kreisen der englischen Wirtschaftsführung das deutsche Wirtschaftssystem als einen völlig neuen und selbständigen Faktor an, dessen bisherige praktische Erfolge wachsende Aufmerksamkeit auf sich lenken. In dem erwähnten Bericht der „Federation of British Industries", der im übrigen schon der zweite ist, der sich mit dem deutschen System befaßt, wurden einmal die Aussichten der in dem Währungsabkommen zwischen England, Frankreich, Amerika eingeleiteten Wirtschaftspolitik kritisch untersucht und gleichzeitig die Frage gestellt, ob sich für Deutschland nunmehr ein Zwang zum Beitritt ergeben würde. Wenn auch dieser Zwang nicht völlig bestritten wird, so ergab sich aus den Ausführungen doch, daß man innerhalb des genannten Wirtschaftsverbandes der Auffassung ist, das deutsche System habe sich so glänzend bewährt, ja, sich dem Verfahren der Währungsabwertung so überlegen gezeigt, daß unter den heutigen Umständen für Deutschland keinerlei Notwendigkeit bestünde, dem Währungsabkommen beizutreten. Alles, was darin für die beteiligten Länder und all denen, die dem darin enthaltenen Vorgehen gefolgt wären, erstrebt würde, das habe die deutsche Wirtschaftspolitik in den letzten Jahren, wenn auch unter einigen Opfern, besser erreicht als die Abwertungsländer. Der Bericht kommt dabei zu der nüchternen Feststellung, daß die Zunahme der englischen Ausfuhr seit dem Jahre 1934 praktisch gleich Null sei, während die deutsche um ein Dutzend und mehr Prozent gestiegen sei.

Diese Hervorhebung der deutschen Erfolge verbindet sich mit einer skeptischen Beurteilung des Währungsabkommens vom 26. September. Besonders, was die französische Währungspolitik anginge, so erleichtere das Abkommen die Lösung der französischen Wirtschaftsprobleme, die Lösung selbst brächte es aber nicht. Man müsse abwarten. Schon jetzt mache sich ein Anziehen der inneren Preise geltend. Es sei überdies nicht wahrscheinlich, daß die französische Zusage, Kontingente und Handelsschutz abzubauen, wirklich erfüllt werden würde. Die französische Regierung sei auf dem Wege der Autarkie zu weit fortgeschritten, um mehr bieten zu können, als einige schöne Gesten. Ueberdies sei der Franken nicht aus Gründen des Außenhandelswettbewerbs abgewertet worden, sondern lediglich wegen der inneren Finanzkalamitäten. Das französische Budget sei aber weniger denn je im Gleichgewicht.

Im Grunde liegt in diesen Feststellungen aber eine Bestätigung von Ansichten, die in dem wiederholt angeführten Berichte der „Federation of British Industries" auch diesmal wieder hervorgehoben werden. Immer stärker entwickelte sich die Neigung zu gegenseitigen Abmachungen spezialisierter Art zwischen zwei Wirtschaftseinheiten unter Ausschluß aller anderen. Was sich aber mittelbar aus dem Bericht sowie aus anderen englischen Presseäußerungen ergibt, ist der Tatbestand einer sichtbaren Erneuerung der deutschen Wirtschaftsmacht und die Tatsache, daß hier neben das den heutigen Umständen angepaßte englische System ein unerwartetes neues tritt.

Die verbannten Türken nach Antakya zurückgekehrt

Antakya, 23. November

Die Regierung hat die Genehmigung zur Rückkehr der während der syrischen Wahlen aus Antakya verbannten Türken erteilt. Die Zurückkehrenden wurden von der Bevölkerung von Antakya mit großen Kundgebungen empfangen und gefeiert.

Die Regierung hat ferner die Verfügung über Schließung des türkischen Mädchen-Lyzeums rückgängig machen müssen, nachdem die Eltern der Schülerinnen durch ihr einmütiges Vorgehen zum Ausdruck brachten, daß sie gar nicht daran denken, den Behörden gegenüber irgendwelche Verpflichtungen hinsichtlich des Verhaltens ihrer Kinder bei nationalen Fragen der türkischen Mehrheit des Sandschak einzugehen. Nachdem der Unterricht im Mädchen-Lyzeum wieder aufgenommen worden ist, haben auch die Schüler der Knaben-Lyzeen und Mittelschulen den Schulstreik aufgegeben.

Aleppo, 23. November

Die hier erscheinende armenische Tageszeitung veröffentlicht einen Aufruf der Vertreter der armenischen Minderheit des Sandschak Iskenderun, in dem diese aufgefordert wird, die türkische Mehrheit in ihrem Kampf um die völlige Lostrennun des Sandschaks Iskenderun von Syrien geschlossen zu unterstützen und sich nicht durch die Machenschaften der Taschnak-Organisation beirren zu lassen, die durch ihre Handlungen immer das größte Unglück über das armenische Volk gebracht hat und sich nicht scheut und noch schämt, weiterhin gegen die Türken zu hetzen.

Von der G.N.V.

Die Große Nationalversammlung trat heute unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten Refet Canıtez zusammen und nahm nach voraufgegangener Beratung die Entwürfe über die Vornahme einiger Abänderungen an dem allgemeinen Staatshaushalt des Jahres 1936 an und vertagte sich dann auf Freitag, den 27. November.

Festessen zu Ehren Dr. Schacht's in Teheran

Teheran, 23. November (A.A.)

Reichsbankpräsident Dr. Schacht hatte eine längere Unterredung mit dem Ministerpräsidenten. Im Anschluß daran wurde er vom Außenminister, dem Finanzminister, den Direktoren der Iranischen Nationalbank und dem Vorsitzenden des Parlaments empfangen. Am Abend gab der Außenminister zu Ehren des Reichsbankpräsidenten ein Essen, an dem die Mitglieder der Regierung und hohe Beamte teilnahmen.

Deutschland protestiert gegen das in Nowo-Sibirsk verkündete Todesurteil

In der deutschen Presse wird in allerschärfster Form gegen die Verurteilung des Reichsdeutschen Bergingenieur Stickling in Nowo-Sibirsk Stellung genommen. In allen Blättern kommt zum Ausdruck, daß hinter dem Protest, den das Reich gegen das Todesurteil erhoben hat, das gesamte deutsche Volk stehe, und daß es auch hinter jedem weiteren Schritt, der etwa notwendig werden sollte, stehen werde. Deutschland werde sich mit allen Mitteln dagegen wehren, daß dem Ingenieur Stickling das Los bereitet werde, das ihm durch das Urteil zugedacht sei.

Marschall Fevzi Çakmak nach Ankara zurückgekehrt

Besprechungen im Generalstabsgebäude

Ankara, 23. November

Der Chef des Großen Generalstabes, Marschall Fevzi Çakmak, der an der Tagung der Generalstabschefs der Länder der Balkan-Entente in Bukarest teilgenommen hatte, ist heute nach Ankara zurückgekehrt und wurde am Bahnhof vom Minister für Nationale Verteidigung, Kâzim Özalp, dem Vali von Ankara, dem rumänischen Gesandten und zahlreichen anderen Persönlichkeiten empfangen.

Marschall Fevzi Çakmak begab sich unmittelbar nach seiner Ankunft zum Generalstabs-Gebäude, wo ihn alsbald Ministerpräsident Ismet Inönü aufsuchte.

Ankara, 23. November

Der Präsident der Republik, Kâmal Atatürk, begab sich heute zum Generalstabsgebäude und blieb dort zusammen mit dem Ministerpräsidenten Ismet Inönü mehr als zwei Stunden beim Chef des Großen Generalstabes, Marschall Fevzi Çakmak.

Ministerrat in Çankaya

Ankara, 23. Nov. (A.A.)

Der Ministerrat trat heute abend im Hause Atatürks in Çankaya zu einer Sitzung zusammen, in der auswärtige Angelegenheiten besprochen wurden. Die Sitzung dauerte bis in die vorgerückten Abendstunden.

Ministerrat im Hause Atatürks
Syrische Regierung hebt Verfügungen auf
Festtage in La Valetta
Spanien-Aussprache im englischen Unterhaus

Fußballkampf und Regatta

Der Flottenbesuch in Malta

La Valetta, 23. Nov. (Eigenmeldung der A.A.)

Admiral Şükrü Okan nahm gestern mittag an dem Essen teil, das ihm zu Ehren vom Gouverneur von Malta gegeben wurde. Dann besichtigte er mit dem Gouverneur die Stadt und das Schloß der Malteser-Ritter.

Admiral Şükrü Okan wohnte ferner dem Fußballspiel bei, das zwischen der Fußball-Mannschaft der Landesverteidigungskräfte von Malta und der Mannschaft des türkischen Schlachtkreuzers „Yavuz" ausgetragen wurde. Im Anschluß daran nahm er zusammen mit dem englischen Admiral an einem Tee teil.

Das Abendessen nahm Admiral Şükrü Okan im Hause des englischen Admirals ein. Später wohnte er einer Kino-Vorstellung auf dem Linienschiff „Queen Elizabeth" bei.

Die Regatta, die von den Angehörigen der beiden Flotten veranstaltet wurde, verfolgte Admiral Okan als Gast des englischen Admirals an Bord der „Queen Elizabeth".

Nach dieser Veranstaltung wohnte Admiral Okan mit seinem Gefolge der feierlichen Einholung der Flagge auf dem Regierungsgebäude bei. An dieser Feier nahmen außer 100 türkischen Matrosen auch die Bordkapelle des Schlachtkreuzers „Yavuz" teil. Am Abend war Admiral Şükrü Okan Gast des Befehlshabers der englischen Mittelmeer-Flotte. In der Nacht fand ein Ball zu Ehren der Türken im Haus des englischen Admirals statt.

La Valetta, 23. Nov. (A.A.)

Die gestrigen Fußball-Wettkämpfe brachten einen Sieg der Engländer mit 3:2.

Auf der Regatta siegten die Türken mit 3:2.

Metaxas über die türkisch-griechische Freundschaft

Der griechische Ministerpräsident, General Metaxas, hat dem Istanbuler Berichterstatter der Zeitung „Vradini" folgende Erklärung über die türkisch-griechische Freundschaft abgegeben:

Es genügt nicht, lediglich auf die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Türkei und Griechenland hinzuweisen. Sie sind in allen Punkten aufrichtig und herzlich. Zwischen den beiden Staaten bestehen enge Bande der Zusammenarbeit. Die Freundschaft, die Griechenland gegenüber der Türkei empfindet, ist nicht die Politik dieser oder jener Partei, sondern die Politik des gesamten griechischen Volkes. Wir bewundern ganz besonders den Staat der neuen Türkei und nehmen lebhaftesten Anteil an den Fortschritten, die sie verwirklicht hat. Ich habe die Ehre gehabt, mich mit dem türkischen Außenminister Dr. Aras, der sich hier auf seiner Reise nach Genf aufgehalten hat, zu unterhalten, und dabei hatte ich die Gelegenheit und das Vergnügen, die Bekanntschaft mit meinem Kollegen, dem Innenminister Şükrü Kaya, zu machen. Wir haben in freundschaftlichen Gesprächen alle Fragen, die unsere beiden Länder berühren, erörtert. Ich empfinde immer eine besondere Freude, wenn ich von bedeutenden Erfolgen unseres Freundes, der Türkei, höre.

Der Streik der amerikanischen Seeleute

Newyork, 23. November (A.A.)

Der Streik der Hafenarbeiter hat eine Ausdehnung erfahren, indem 4,000 Offiziere der Handelsmarine, davon 2,000 allein im Hafen von Newyork, die Arbeit niedergelegt haben. Außerdem hat der Verband der Kapitäne, Steuerleute und Marineingenieure mitgeteilt, daß seine Mitglieder ebenfalls in allen Häfen der Vereinigten Staaten in Streik treten. Der Streik der Dockarbeiter dauert bereits 26 Tage, und es besteht wenig Aussicht, daß er bald beigelegt wird.

Newyork, 24. November.

Der Streik der amerikanischen Seeleute, dem gestern auch durch einen Beschluß ihrer Fachvereinigung die Kapitäne, Schiffsoffiziere, Steuermänner usw. beigetreten sind, verursacht nach amerikanischen Berechnungen täglich einen Schaden von 7 Millionen Dollar.

Der Ausstand der Seeleute dauert nunmehr schon 27 Tage.

Ministerbesprechung in London — Beratung der spanischen Frage

Eden: Die Regierung hat nicht die Absicht, die beiden kämpfenden Parteien als Kriegführende anzuerkennen

Neuer Gesetzesantrag zur Beförderung von Kriegsmaterial — Das Schicksal der Geiseln

London, 23. November (A.A.)

Eine Ministerratsbesprechung, an der Baldwin, Eden, Neville Chamberlain, Sir John Simon, Sir Samuel Hoare und Inskip teilnahmen, wurde gestern nachmittag in der Downing Street abgehalten.

Wie man weiter erfährt, hat auch der erste Lord der Admiralität, Admiral Sir Chatfield, an der gestrigen Ministerbesprechung teilgenommen. Man folgert aus dieser Tatsache, daß sich die Minister in erster Linie mit den Fragen der Blockade des Hafens von Barcelona, die von den Aufständischen mitgeteilt worden ist, beschäftigt haben.

„Daily Express" teilt mit, daß man eine neue Verteilung der britischen Flotteneinheiten, die in den spanischen Gewässern liegen, ins Auge gefaßt habe. Die englischen Schiffe werden Weisung erhalten, sich außerhalb der Gefahrenzone zu halten, und die in Barcelona stationierten Einheiten werden wahrscheinlich zurückgezogen werden.

London, 23. November (A.A.)

Die Tatsache, daß das englische Kabinett gestern zusammentrat, läßt darauf schließen, daß sich die Regierung mit den Zwischenfällen, die sich im Mittelmeer anläßlich der Drohung des Generals Franco, Barcelona zu blockieren und zu beschießen, ereignen könnten, beschäftigt. Die Minister haben die besten Mittel geprüft, um internationale Verwicklungen zu vermeiden. Die Regierung wird wahrscheinlich heute dem Unterhause ihre Entschlüsse mitteilen. Die politischen Kreise sind der Ansicht, daß sie beiden Parteien gegenüber den Begriff „Kriegsführende" anwenden wird.

London, 24. November.

In der Spanien-Aussprache im englischen Unterhaus erklärte Eden gestern, daß die britische Regierung nicht beabsichtige, eine der beiden am Kampfe beteiligten Parteien als Kriegführende anzuerkennen. Die britische Regierung werde nicht dulden, daß englische Schiffe außerhalb der Drei-Meilen-Zone von einer der beiden Parteien behelligt werden.

Eden gab ferner bekannt, daß die Regierung einen Gesetzesantrag einbringen werde, durch den die Beförderung von Kriegsmaterial durch englische Schiffe von irgendeinem ausländischen Hafen nach Spanien für ungesetzlich erklärt wird.

Weiters teilte der britische Außenminister mit, daß die französische Regierung ihm den Wunsch übermittelt habe, der gegenwärtig arbeitende Nichteinmischungsausschuß solle fortbestehen.

Das englische Angebot auf Austausch der Geiseln, so fügte Eden noch hinzu, bleibe noch immer in Geltung. Bevor es aber nicht klar sei, ob beide Seiten dieses Angebot annehmen, halte er es nicht für wünschenswert, in dieser Frage weiter vorzugehen.

London, 23. November (A.A.)

Die englische Regierung hat den britischen Generalkonsul in Barcelona ermächtigt, 300 englische Staatsbürger in Sicherheit zu bringen. Die Zahl der gegenwärtig im Hafen von Barcelona vor Anker liegenden Schiffe wird als genügend angesehen, um den Abtransport der Engländer sicherzustellen. Andernfalls wird man ausländische Schiffe heranziehen.

London, 24. November (A.A.)

Die Konsuln von Peru und Chile in Barcelona haben beide die Stadt verlassen und den englischen Generalkonsul gebeten, die Interessen ihrer Staatsbürger zu wahren.

Deutschland bleibt auch weiterhin neutral

London, 23. November (A.A.)

Der deutsche Botschafter von Ribbentrop hatte heute morgen mit dem Ministerpräsidenten eine Unterredung, die sich auf die spanischen Probleme und die Locarno-Frage bezog.

Wie man erfährt, hat der Botschafter des Deutschen Reiches dem Ministerpräsidenten die Versicherung abgegeben, daß Deutschland seine neutrale Haltung gegenüber den spanischen Angelegenheiten nicht ändern und im Nichteinmischungsausschuß bleiben werde.

London, 23. November (A.A.)

Der Berliner Berichterstatter der „Daily Mail", Ward Price, zieht folgende Rückschlüsse aus den Erklärungen, die ihm kürzlich von dem italienischen Außenminister Ciano und mehreren deutschen Staatsmännern gegeben wurden.

Deutschland und Italien werden nicht zögern, ihre bewaffnete Hilfe den Truppen Francos zuteil werden zu lassen, falls sich diese in einer ernsten Lage befinden.

Was ging im Hafen von Cartagena vor sich?

Madrid, 23. November (A.A. n. Reuter)

Der Marineminister teilt mit, daß heute morgen um 9 Uhr einige Unterseeboote — man nimmt an, daß sie einer ausländischen Flotte angehören, da die Aufständischen über keine Unterseeboote verfügen — die regierungstreuen Schiffe am Eingang des Hafens von Cartagena angegriffen haben.

Madrid, 23. November (A.A.)

Man meldet, daß der Kreuzer „Cervantes" durch die geheimnisvollen Unterseeboote, die die regierungstreuen Kriegsschiffe auf der Höhe von Cartagena angegriffen haben, beschädigt worden ist.

Berlin, 23. November (A.A.)

Es gibt gegenwärtig kein deutsches Unterseeboot im Mittelmeer, diese Antwort erhielt durch den Sprecher der deutschen Regierung der Reuter-Berichterstatter bezüglich des behaupteten Angriffes gegen spanische regierungstreue Kriegsschiffe am Eingang des Hafens von Cartagena durch anscheinend ausländische Unterseeboote.

In Rom wird amtlich dementiert, daß die Unterseeboote, die Cartagena angegriffen haben, der italienischen Flotte angehören.

Macdonald über den Frieden

London, 23. November (A.A.)

In Portsmouth gab Ramsay Macdonald in einer Rede folgende Erklärung ab:

„Der internationale Friede kann nur durch die internationale Zusammenarbeit gewährleistet werden. Keine Macht kann lediglich ihre eigene Sicherheit gewährleisten noch die der anderen. Es genügt nicht, daß sich eine Nation für den Frieden ausspricht. Es ist unbedingt erforderlich, und dies ist die Pflicht der aufgeklärten Völker, daß mehrere Völker zusammenarbeiten und unter sich einen Tatbestand schaffen, der sie befähigt, ein methodisches Friedensprogramm durchzuführen.

Kurzmeldungen vom Tage

Der deutsche Botschafter in London, v. Ribbentrop, hat gestern im Auftrage der Reichsregierung an den englischen Staatssekretär des Auswärtigen eine Note gerichtet. In dieser Note wird erklärt, daß die Deutsche Reichsregierung den Bestimmungen über den Unterseeboot-Krieg als Teiles 4 des Londoner Seerüstungsvertrages beitrete und diese Bestimmungen als vom heutigen Tage (dem Tage der Ueberreichung der Note) an als für sie verbindlich annimmt.

Die vorerwähnten Bestimmungen beziehen sich auf die Feststellung, daß bei ihrem Vorgehen gegen Handelsschiffe Unterseeboote sich nach den Bestimmungen des Völkerrechtes richten müssen, denen Ueberwasserschiffe unterworfen sind.

Der für gestern angesetzte französische Ministerrat ist auf heute vormittag verschoben worden. Auf der Tagesordnung steht an erster Stelle die Neubesetzung des Innenministeriums.

Die englische Zeitung „Star", das Sprachrohr der radikalen Linken, berichtet, daß mehrere politische Persönlichkeiten der Konservativen, der liberalen und der Arbeiterpartei-Kreise und der Gewerkschaften die Absicht haben sollen, eine Partei der Mitte zu bilden, deren Führer Winston Churchill sein würde. Die Bildung dieser Partei soll am 1. Dezember anläßlich einer Kundgebung in der „Albert-Hall" erfolgen.

Nach der Zeitung hat Churchill bereits zweimal einen Versuch dieser Art unternommen, ohne jedoch Erfolg zu haben.

Die Lage in Tripolis (Syrien) ist unverändert. Seit Sonnabend hält die Schießerei an. Die Truppen haben die Innenstadt umzingelt. In Beirut herrscht Ruhe.

An der Front von Madrid hat die Artillerie der Nationalisten gestern die Beschießung der Stellungen der Regierungstruppen weiter fortgesetzt. Es wurden besonders die von den Nationalisten noch nicht besetzten Stadtteile der nordöstlichen Innenstadt sowie verschiedene Kasernen unter Feuer genommen.

Aus London wird gemeldet, daß die Franco-Regierung der englischen Regierung davon in Kenntnis gesetzt hat, daß die Gerüchte, es bestünde die Absicht, ihre Truppen wollten Madrid zerstören, frei erfunden sind. Die Franco-Regierung hat niemals eine solche Absicht gehabt.

Aus Jerusalem wird gemeldet, daß der Emir Abdullah von Transjordanien in Jerusalem eingetroffen ist. Er will den Versuch unternehmen, die Araber zu überreden, mit der englischen Untersuchungskommission zusammenzuarbeiten.

Die Studenten der Universität Wilna haben sich in den Gebäuden der Universität eingeschlossen. Seit mehreren Tagen sind sie in den Hungerstreik eingetreten, um die Behörden zu zwingen, den jüdischen Studenten besondere Plätze anzuweisen.

200 italienische Arbeiterfrauen haben von Neapel aus in Begleitung zahlreicher Kinder die Reise nach Ostafrika angetreten, um dort mit ihren Ehemännern vereint zu leben. Es ist das erste Mal, daß man den Arbeitern die Ermächtigung gibt, sich mit ihren Familien in Aethiopien niederzulassen.

In der Nähe von Czalanta in der Tschechoslowakei stieß ein Triebwagenzug mit einem Arbeiterzug zusammen. Vier Arbeiter wurden durch den Zusammenstoß auf der Stelle getötet, 10 weitere erlitten mehr oder minder schwere Verletzungen.

Ein Flugzeug der ägyptischen Luftfahrtgesellschaft ist während eines Fluges von Haifa nach Port Said verschwunden. Man befürchtet, daß das Flugzeug ins Meer gestürzt ist. An Bord befanden sich zwei Fahrgäste, von denen einer ein Japaner namens Sugiyama war.

Wieder die Habsburger-Frage

Paris, 23. November (A.A.)

Anläßlich des Besuches des ungarischen Reichsverwesers von Horthy in Rom haben die ungarische und italienische Regierung die Absicht ins Auge gefaßt, Erzherzog Otto von Habsburg auf den Thron von Ungarn zu setzen, so meldet der Berichterstatter des „Figaro" aus Rom. Dieser Plan stelle auf dem internationalen Gebiet kein neues Problem auf. In der Tat bleibe Ungarn verfassungsmäßig ein Königreich, es fehle jedoch ein König. Mussolini scheine die Gegnerschaft des Reiches bezüglich der Restauration zu bezweifeln. Die Einsetzung eines Habsburgers auf den Thron von Ungarn würde auf keinen formellen Widerstand seitens Berlins stoßen.

Der Berichterstatter meldet weiter, daß Otto gleichzeitig mit der Thronbesteigung seine Verlobung mit der Prinzessin Maria von Savoyen mitteilen werde.